

SZ 09.12.05 Kommentar
Freitag, 9. Dezember 2005
Schulden

Fast 68 Millionen Euro will die Stadt im kommenden Jahr dafür ausgeben, ihre Schulden abzubauen. Steuergeld wird ausgegeben für Zinsen und Tilgung.

Es ist der drittgrößte Posten im Haushalt der Stadt. Das Rathauspersonal kostet 270 Millionen Euro. 186,4 Millionen sollen für Soziales ausgegeben werden. Keine Schulden zu haben wäre unrealistisch. Um investieren zu können, muss die Stadt Schulden machen.

Aber die derzeit relativ hohe Verschuldung der Stadt lastet als Millionenposten auf dem Haushalt. Gleichzeitig fehlt es am Geld für soziale oder kulturelle Projekte. Das ist schon oft kritisiert worden.

Wenn jetzt allerdings die Chance besteht, mit dem Verkauf der Woba, Schulden zu tilgen, so sollte dies auch geschehen. Das städtische Wohnungsunternehmen zu veräußern, ist ja keine leichte Übung. Es ist ein schwerer Schritt. Wird das erzielte Geld dann allerdings anderswo verspielt, wäre das grundfalsch. Der Schuldenabbau kann Freiräume bringen. Dazu muss das Geld genutzt werden.

Sonst war der Verkauf umsonst und die Dresdner müssen wieder mehr Gebühren zahlen.

ufer.peter@dd-v.de

SZ vom 09.12.05

„Über die Kür soll der Stadtrat entscheiden“
Von Bettina Klemm

Noch ist der Bär nicht erlegt, aber in Dresden wird schon trefflich über die Verteilung des Fells gestritten. 650 Millionen Euro Einnahmen erhofft sich die Stadt vom Verkauf ihres Wohnungsunternehmens Woba. Das Geld soll in den Abbau der Schulden gesteckt werden, so hat es der Stadtrat beschlossen.

67,6 Millionen Euro muss die Stadt für Zinsen und Tilgungsraten in diesem Jahr an die Banken zahlen. Lebt sie weiter auf so großem Fuß wie bisher, werden es in sieben Jahren rund 20 Millionen Euro mehr sein. Das wäre die Bankrotterklärung. Deshalb soll mit dem Verkauf der Woba der Schuldendienst mehr als halbiert werden.

Doch im Haushaltsentwurf für das nächste Jahr liest es sich etwas anders. „Ein dreistelliger Millionenbetrag ist bereits für andere Dinge vorgesehen. Das ist unehrlich“, kritisiert Stadträtin Sabine Friedel von der SPD. So soll unter anderen für 73 Millionen Euro investiert werden, zwölf Millionen Euro sind erforderlich, um vereinbarte Kredite vorfristig abzulösen, sechs Millionen Euro werden die Berater für

den Woba-Verkauf kassieren. So würden nach Berechnung von Friedel die Zinsausgaben 2007 doppelt so hoch sein, als wenn die Stadt alles in die Tilgung stecken würde.

Da der Haushalt auch 2006 ein Minus aufweist, hätte die Stadt ihr Einspar- und Kürzungsprogramm fortschreiben müssen. Friedel kritisiert zudem, dass von der Stadtverwaltung verschiedene Projekte wie Operette, Zoo, Kulturpalast und Stadion vorbereitet werden, ohne auch nur einen müden Cent davon im Haushalt eingeplant zu haben. Das sei einfach unanständig.

Finanzbürgermeister Hartmut Vorjohann (CDU) weist die Kritik zurück: „Hier werden die Zahlen vermengt. Wir haben auch im Haushalt für dieses Jahr Privatisierungserlöse eingeplant. Die kommen nun aber erst später, weil wir nicht nur einen Teil, sondern die gesamte Woba verkaufen wollen. Sollen wir deshalb die Investitionen anhalten und nicht die Schulen und Kitas sanieren?“ Im Entwurf seien nur die Pflichtaufgaben enthalten, über die Kür wie Stadion und Operette müsse der Stadtrat entscheiden.

Die Grünen bieten am Montag von 14 bis 18 Uhr in ihren Fraktionsräumen eine Beratung zum Haushalt

DNN vom 09.12. 05

Vorjohann: Knapp hundert Millionen des Woba-Erlöses gehen nicht in Entschuldung

Knapp hundert Millionen Euro des auf 650 Millionen Euro taxierten Erlöses aus dem Komplettverkauf der Woba gehen nicht in die Entschuldung. Das sagte gestern Finanzbürgermeister Hartmut Vorjohann (CDU) auf Anfrage der DNN. Das sei der Kompromiss aus zwei sich widersprechenden Beschlüssen des Stadtrates.

Vor allem der Realo-Flügel in der Linkspartei.PDS-Fraktion hatte seine Zustimmung im Stadtrat zum Totalverkauf der noch städtischen Woba davon abhängig gemacht, dass jeder Euro in die Entschuldung gesteckt wird. Nur habe der gleiche Stadtrat im Jahr zuvor ein umfangreiches Investitionsprogramm beschlossen, das ohne einen Teil des Erlöses aus dem Woba-Verkauf nicht zu realisieren sei, erläutert Vorjohann einen gewissen Widerspruch im Gebaren des Stadtrates. Der Kämmerer verweist auf Investitionsprojekte wie die Waldschlößchen-Brücke, aber auch auf die B173, auf zu erschließende Gewerbegebiete, auf den Hochwasserschutz sowie auf die Sanierung von Kitas und Schulen. Er offeriere mit den knapp hundert Millionen Euro einen Kompromiss aus der misslichen Bredouille angesichts der Beschlusslage. Wenn der Stadtrat etwas anderes wolle, müsse er sich entsprechend entscheiden. Das Thema wolle er am Montag im Finanzausschuss noch einmal ansprechen, so Vorjohann.

Vorjohann reagierte mit seinen Ausführungen zugleich auf eine

gestern der Presse vorgelegte Analyse des Haushaltsentwurfs 2006 durch SPD-Stadträtin Sabine Friedel. Darin verurteilt die Doktorandin der Politikwissenschaft an der TU Dresden Vorjohanns Etat-Entwurf als "äußerst fragwürdig" und "in seiner Ignoranz wichtiger Informationen, Vorgaben und Beschlüsse" als "einfach unanständig". So konstatiert Friedel, der Entwurf sei zu spät gekommen, es gebe keine Fortschreibung des Sparkonzeptes, steigende Kosten im Kita-Bereich seien nicht abgedeckt und Projekte wie Operette, Zoo, Kulturpalast und Stadion seien nicht finanziell untersetzt. Friedel vermische Zahlen, wolle sich offenbar parteipolitisch profilieren, schlage einen unangemessen scharfen Ton an und lasse einen "mittelfristigen Blick" vermissen, konterte ein leicht angesäuerter Finanzbürgermeister gestern.

rare